



Beschluss Antrag Nr. 2

Antragsteller: BDKJ-Diözesanvorstand

Antragstext:

Stellungnahme des BDKJ-Diözesanverbandes zur Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke

Bereits 1987 hat die BDKJ-Diözesanversammlung beschlossen, sich für eine atomkraftfreie Zukunft einzusetzen. Auch in den aktuellsten Beschlusslagen auf Landes- und Bundesebene unterstreicht der BDKJ seine Forderung nach dem Ausstieg aus der Atomenergie und nach einer Energiepolitik, die gleichermaßen zukunftsfähig ist, als auch Risiken und Belastungen für Mensch und Natur minimiert.

Vor dem Hintergrund unserer Beschlusslage und anlässlich der Entscheidungen der Bundesregierung zur Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken sowie der aktuellen gesellschaftlichen Debatte bekräftigt der BDKJ-Bamberg seine Forderungen nach einer atomkraftfreien, nachhaltigen sowie ökologisch und sozialverträglichen Gewinnung von Energie und verurteilt das Vorgehen der Bundesregierung als ein Paradebeispiel für unverantwortliche und undemokratische Lobbypolitik gegen den Willen von fast 80 Prozent der Bürger/innen in Deutschland. Dieser Politikstil ist weder christlich-sozial noch frei(heitlich)-demokratisch!

Da der Wechsel zu erneuerbaren Energien technisch realisierbar ist, gibt es keine ethische Rechtfertigung diesen zu verzögern. Auch wirtschaftliche Einwände sind nicht stichhaltig. Vielmehr sieht der BDKJ die Politik in der Verantwortung im Interesse heutiger und zukünftiger Generationen, den Atomausstieg und den Energiewechsel konsequent und schnellstmöglich zu vollziehen - das fordern wir heute, wie vor 23 Jahren!

**ERGEBNIS: DER ANTRAG WURDE VON DER VERSAMMLUNG MIT
36 JA-, 2 NEIN-STIMMEN UND 1 ENTHALTUNG ANGENOMMEN.**